

China: Pastor und seine Frau wegen Mission hinter Gittern



Der 32-jährige Prediger Ma Yan aus Yinchuan. Foto: IGFM

Als „Gefangenen des Monats April 2025“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den chinesischen Christen **Ma Yan** benannt. Der 32-Jährige aus der nordchinesischen Stadt Yinchuan (Autonomes Gebiet Ningxia) fand als Student zum christlichen Glauben, ist Prediger einer Hauskirche und befindet sich seit dem 9. August 2024 in Haft.

An dem Tag kam es zu einer Razzia verschiedener Polizeieinheiten während einer Bibelstunde, die Yan leitete. Dabei wurde er zusammen mit drei weiteren Christen festgenommen. Die Behörden werfen ihnen Störung der öffentlichen Ordnung vor, weil es Yan ablehnte, sich mit seiner Hauskirche der staatlich kontrollierten Drei-Selbst-Bewegung anzuschließen.

Ferner beschuldigten ihn staatliche Stellen, eine verbotene Versammlung veranstaltet zu haben. Auf dieser Grundlage erging ein förmlicher Haftbefehl gegen den Prediger. Das kommunistische China kriminalisiert systematisch diejenigen Christen, die sich weigern, sich staatlich kontrollierten Organisationen anzuschließen.

IGFM und IDEA bitten darum, in Briefen an den chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping die umgehende Freilassung des Christen zu fordern. Verbunden damit ist die Bitte, für ihn und die verfolgten Glaubensgeschwister in China zu beten.

In der rund 1,4 Milliarden Einwohner zählenden Volksrepublik leben nach Schätzungen bis zu 130 Millionen Christen.

(Quelle: <https://www.idea.de/artikel/china-hauskirchen-prediger-bei-bibelstunde-festgenommen>)

KOPIEN:

- **Auswärtiges Amt**, Werderscher Markt 1, D-10117 Berlin, Fax: 03018-17-3402,
E-Mail: buergerservice@diplo.de
- **Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe**, Luise Amtsberg,
E-Mail: menschenrechtsbeauftragte@auswaertiges-amt.de
- **Deutscher Bundestag**, Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, Platz der Republik 1, D-11011 Berlin, Fax: 030-227-36051, E-Mail: menschenrechtsausschuss@bundestag.de